

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 292 - 295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Dedla SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 2506-2507

Schwere Tumulte in Frankfurt a. M.

Ein Staatsanwalt totgeschlagen, seine Wohnung ausgeraubt.

In Frankfurt a. M. fand am Montag eine große Demonstration „gegen den Faschismus“ statt, die von unseren Genossen gemeinsam mit den Kommunisten veranstaltet war. Im Verlauf dieser Demonstration ist es zu überaus bedauerlichen Ausschreitungen gekommen, die unsere Parteigenossen selbstverständlich weder direkt noch indirekt gewollt oder vorausgesehen haben.

Die Stadt bot in den ersten Nachmittagsstunden ein eigenartiges Bild. Alle Geschäfte, Cafés und Restaurants hatten geschlossen und die meisten auch ihre Fenster und Eingänge durch Rollläden gesichert. Der Anmarsch der Arbeiter aus den Großbetrieben war zur gegebenen Zeit noch nicht beendet. Immer neue Trupps weiblicher und männlicher Teilnehmer zogen aus verschiedenen Richtungen herbei und füllten den Römerberg und die angrenzenden Straßen und machten eine Parallelerammlung auf dem Plage vor der Paulskirche notwendig.

Um 15 Uhr begannen die Redner, je nach dem näheren Parteistand, den Zweck der Kundgebung zu erläutern. Die Ansprachen währten etwa eine halbe Stunde. Bei einigen Rednern, die sich eines gemäßigteren Tones bedienten, machten sich unter den Zuhörern hier und dort Zeichen des Unwillens und Widerspruches bemerkbar. Rufe wurden laut, die statt der ewigen Reden Taten forderten. Immerhin verlief die Kundgebung bis dahin in guter Ordnung, wenn auch der Arbeiteramtsdienst manche Gelegenheiten fand, Personen helfend beizustehen, die im Gedränge und unter der Einwirkung der Hitze unbeherrschbar geworden waren.

Dann leerte sich ganz allmählich der Römerberg. Ein Teil der Menge formierte sich nach Demonstrationen, die sich durch die Bethmannstraße und die Kronprinzenstraße zum Hauptbahnhof bewegten. Hier erhielten die Marschierenden einen neuen Zugzug, und als sie durch die Kaiserstraße zurückbogen, war ihre Haltung entschieden aggressiver geworden. Zuschauer, auf deren Lippen man vielleicht ein ironisches Lächeln wahrzunehmen glaubte, wurden gezwungen, im Zuge mitzugehen oder eine der Tafeln zu tragen. Unterzogen sie sich gutwillig dieser Aufgabe, so gewann die Gutwilligkeit die Oberhand, und man entließ den zwangsweise Mitgeführten alsbald wieder. Bei Begehrungen kam es aber auch gelegentlich zu Handgreiflichkeiten.

Als sich gegen 17 Uhr vor dem „Frankfurter Hof“ einzelne Trupps zusammenzogen, um gegen das Hotel vorzugehen, wurde Schupo aufgeboten, die nach Säuberung des Kaiserplatzes und der Bethmannstraße die Verkehrswege für Fußgänger abriegelte und die Ordnung wiederherstellte. Kurz vor 7 Uhr geriet eine Abteilung Schupo an der Hauptwache vorübergehend in bedrängte Lage. Mit Pfeifen, Schimpfen und Flüchen richtete die Menge ihre Wut gegen die Polizei, zugleich aber auch ihre Entrüstung gegen die Ordner der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften, die mit Hingebung, aber ohne ausreichenden Erfolg ihres Amtes zu walten bemüht waren.

Bei dem Bestreben der Polizei, im Verkehrszentrum die Ordnung wiederherzustellen, wurden drei Kriminalbeamte schwer mißhandelt.

Teile des Zuges, die von der Bodenheimer Landstraße zur Beethovenstraße abzwängte, bog an der Ecke der Schwandstraße in diese ein. Der Trupp machte mehrere hundert Mann stark sein. Die Anwohner ließen, um keinen Anreiz zu irgendwelchen Vorgängen zu geben, die Rollläden an den Fenstern herab. In seinem Hause in der Schwandstraße stand der dort wohnende Staatsanwaltschaftsrat Dr. Haas im Begriff, die Vorgartentür zu schließen, als die Menge auf gleicher Höhe angekommen war. Wütend stießen zwei Schüsse, die das Signal bildeten, daß sich die Menge auf den Staatsanwalt stürzte und in sein Haus eindrang. Sowohl von der Vorder- wie von der Hinterseite stürmte man in das villenartige Gebäude, in dem zu ebener Erde Dr. Haas, im ersten Stockwerk sein betagter Vater wohnte. In den Räumen des Erdgeschosses hatten die Eindringlinge wüst. Sämtliches Mobiliar wurde demoliert, keine Scheibe ist mehr ganz. Zahlreiche Gegenstände, darunter wertvolle Silbergegenstände, werden vernichtet. Aus dem Treppenhaus vom ersten Stock wurden die dort befindlichen Gegenstände beschädigt. Das Schicksal des Staatsanwalts nahm inzwischen einen sehr traurigen Verlauf. Einer aus der Menge hat geschrieben: „Du, Brüderchen, kenne ich“ oder so ähnlich. Der Staatsanwalt wurde von mehreren Personen auf das entsetzlichste mißhandelt und förmlich zu Tode gepeinigt und gehetzt. Man schlug ihn mit eisernen Gegenständen auf den Kopf und trat ihm in den Unterleib, veretzte ihm mit einem scharfkantigen Instrument, vielleicht auch einem Messer, Stiche und Stöße in den Unterleib und zerriß ihm zur Ecke der Reichensstraße, wo man ihn buchstäblich verbluten ließ.

Auch die Frau des Staatsanwalts wurde angegriffen und am Oberkörper leichter verletzt.

Die Ermittlungen der Kriminalpolizei zur Ermordung des Staatsanwalts haben ergeben, daß Dr. Haas nicht, wie zuerst behauptet wurde, auf die eindringende Menge geschossen hatte, der Revolver befindet sich unversehrt in den Händen der Polizei.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst erhält über die Vorgänge noch diesen Bericht:

Bei der gestrigen Demonstration kam es leider zu einigen tiefbedauerlichen Zwischenfällen. Es war vereinbart worden, daß sich der Demonstrationstrupp auf dem Opernplatz auflösen sollte. Als der Zug jedoch dort angekommen war, sammelten sich radikale Elemente und zogen nach dem Beständ. Dort bog ein Trupp in die Schwandstraße ein, in der der Staatsanwaltschaftsrat Dr. Haas wohnt. Dieser war im Begriff, die Türe zu seinem Vorgarten zu sperren, als der Trupp an seinem Haus anlangte. Im selben Augenblick fielen zwei Schüsse. Tatsächlich hatte Dr. Haas einen Revolver in der Hand. Die Menge drang auf ihn ein und mißhandelte ihn mit Stöcken und Eisenstäben derart, daß er den Folgen der Verletzungen erlag. Die Wohnung des idyllisch mißhandelten Dr. Haas wurde völlig ausgeraubt und zerstört. Nachträglich wurde festgestellt, daß der Revolver des Dr. Haas gar nicht abgefeuert war, die Schüsse also von ihm nicht abgegeben sind. Es steht überhaupt noch nicht fest, von wem die Schüsse abgegeben wurden. Man vermutet, daß der Angriff auf den Staatsanwaltschaftsrat einen Racheakt darstellt von Seiten, bei deren Beurteilung er einst mitgewirkt hat. Auch ist die Tatsache nicht von der Hand zu weisen, daß sich unlautere Elemente in den Demonstrationstrupp eingeschleust hatten, die Schutzmassen bei sich trugen. Auch an anderer Stelle der westlichen Stadtteile wurden nach Ablauf der Demonstration von kleineren Trupps Leute belästigt und vor allem Kriminalbeamte schwer mißhandelt. Die Polizei mußte verschiedenes Male eingreifen, um Ansammlungen zu zerstreuen und diesem Treiben ein Ende zu bereiten. Auch in den Palmengarten drang ein Trupp ein, so daß auch hier die Polizei eingreifen mußte, ohne daß es jedoch dabei zu schwereren Zwischenfällen kam.

Dieses blutige Ende einer Demonstration, die von den besten Absichten getragen war, ist ein Warnungssignal. Vor allem für unsere Parteigenossen, die sich in Frankfurt in gemeinsame Demonstrationen mit den Kommunisten einließen und doch augenscheinlich keine Gewähr hatten, welche Kreise sich an ihre Rockschöße hängen würden. Die Inschriften auf Plakaten und Schildern sind zwar nicht immer tragisch zu nehmen, aber wenn es wahr ist, was die „Rote Fahne“ sich aus Frankfurt telegraphieren läßt, daß auf einzelnen Schildern die Inschrift stand „Ohne Blut kein Recht!“, dann ist das eine solche Auffassung, mit der die Sozialdemokratie keine Gemeinschaft haben kann. Die sozialdemokratischen Arbeiter leiden unter dem Hunger der Gegenwart genau so wie diejenigen, die sich Kommunisten nennen. Sie wissen aber, daß man wirtschaftliche Systeme nicht durch Demonstrationen allein, noch viel weniger durch Gewaltakte und Mordtaten umstürzen kann, daß dazu lange und gewaltige Organisationsarbeit gehört. Die sogenannten Kommunisten benutzen jede Gelegenheit, um die sozialdemokratischen Arbeitermassen vor ihren Parteifarben zu spannen.

Es gibt kaum einen größeren Gewinn für den Faschismus als die Morde an der Arbeiterschaft. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden die faschistischen Blätter und Agitatoren noch lange zehren. Und das zweifelhafte Vergnügen, mit den kommunistischen Großsprechern „gemeinsam“ demonstrieren zu haben, kann über das abscheuliche Verbrechen nicht hinweghelfen, das sich dieser Demonstration anschloß. Unsere Parteigenossen sollten überall genau prüfen, mit wem sie eine solche Kundgebungsgemeinschaft eingehen!

Sitzung des Fraktionsvorstandes.

Mit Rücksicht auf die bedrängte wirtschaftliche und innerpolitische Situation ist der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu Montag, den 30. Juli, zu einer Sitzung einberufen worden, in der er über weitere bei der Regierung einzuleitenden Schritte beraten werden wird.

Jugoslawien gegen Lausanne Die jugoslawische Delegation auf der Lausanner Friedenskonferenz hat offiziell erklärt, daß sie den neuen Friedensvertrag nicht unterzeichnen werde aus Protest gegen die Bestimmungen über die Verteilung der türkischen Schuld. Aus demselben Grunde hatte Jugoslawien übrigens auch seinerzeit die Unterzeichnung des Sevres-Vertrages abgelehnt.

Dollar: 414 000.

Der neue Kurs der ausländischen Devisenpolitik kommt vorläufig in einer starken Erhöhung der ausländischen Notierungen zum Teil sogar über die Parität der ausländischen Marktkurse hinaus, zum Ausdruck. Offensichtlich sucht man mit dieser Politik die Abwanderungen ausländischer Zahlungsmittel aus Deutschland zu unterbinden und die Devisenbesitzer zu Abgaben zu veranlassen. Heute wurden notiert: Auszahlung London mit 1900 000 bei einer 12prozentigen Zuteilung. Holland 182 400 bei einer 7prozentigen Zuteilung und New York mit 414 000 bei 10 Proz. Zuteilung. Es zeigt sich seit gestern ein bemerkenswertes Nachlassen der Kaufkraft für Devisen.

Die neueste Devisenpolitik.

Die Devisenpolitik des Kabinetts Cuno-Becker wird durch die Tatsache gekennzeichnet, daß der Dollar von 6000 M., mit dem das Kabinett ihn übernahm, binnen nicht ganz acht Monaten unter Verpöcherung von einem Drittel des Reichsbankgoldes im Auslande den Satz von 400 000 M. und im Inlande einen Höchstpreis von etwa 350 000 M. erreicht hat.

Die Mittel, die die Regierung bis jetzt angewendet hat, waren also sicher nicht sehr erfolgreich. Teilweise waren sie richtig. Aber dann stammten sie nicht aus der Aera Cuno-Becker. Bereinzelt freilich sind auch neue Einfälle darunter — diese sind leider nicht richtig. Bis zum Zusammenbruch der glorreichen Stützungsaktion wendete Herr Becker, indem er die von ihm vorher mißbekämpfte Devisenverordnung frampfhast aufrechterhielt, die Mittel an, die er bei seinem Staatssekretär Hirsch, bekaempft hatte; nämlich Stützung der Mark durch Reichsbankgold, Ausgabe einer wertbeständigen Anleihe — allerdings gegen Deviseneinzahlung. Doch da die „Wirtschaft“ dem „Kabinett der Wirtschaft“ ihr ganzes Herz, aber keine Devisen zugewendet hat, so verkaufte die Reichsbank gegen Papiermark die Devisen, die dann zur Einzahlung der Dollaranleihe verwendet wurden.

Dabei blieb es nun auch, der unbedingt notwendige Abbau der Geschenkpolitik durch die vollkommen richtige Kreditgabe der Reichsbank gegen Papiermarkrückzahlung unterblieb, ebenso wie kein Schritt zur Vereinigung unseres Steuerwesens und zur Finanzierung des Ruhrkampfes erfolgte. Im Gegenteil, unter der Einheitsfront der Herren Helfferich-Fischer (Köln) wurde aus dem Geldentwertungsgezet ein Steuerentwertungsgezet gemacht. Trotzdem wunderte man sich, daß mit den neu fabrizierten Papiermarknoten alle zur Stützung der Mark herausgegebenen Devisen weggekauft wurden und die Stützung zum Zusammenbruch kam. Gleich hernach erklärte Herr Rieker, Herr Becker-Hessen sei ein Mann, der nicht wie reine Theoretiker verfare, sondern alle Maßnahmen gründlich prüfen wolle. Im Gegensatz zu dem reinen Theoretiker würde wohl der unreine Praktiker stehen, und dieser hat in der Tat bei der bisher erfolgten Politik der Herren um Havenstein-Becker ungeheure Vorteile gehabt, leider auf Kosten der breiten Volksmassen.

Die erste neue Idee, die diese Herren in die Devisenpolitik hineinbrachten, war nicht etwa eine scharfe Steuerpolitik. Im Gegenteil, indem sie die Ausfuhrabgabe abbauten und den Schrei nach der Erhöhung durch ein Scheinmänder erledigten, das in Wirklichkeit weiterer Abbau war, indem sie die Kohlensteuer abbauten, die Verteilung niedrig hielten, schädigten sie die Reichsfinanzen erst recht. Zeitweilig wurden in letzter Zeit 98 Proz. aller Reichsausgaben durch neue Noten bezahlt: Devisenpolitik durch Inflation!

Dagegen schufen sie den „Einheitskurs“. Dieser bedeutete, daß man Devisen nicht mehr zu jeder Tageszeit an der Börse handelte, sondern daß Angebot und Nachfrage sich auf den Augenblick der amtlichen Kursfestsetzung konzentrieren sollten. Man glaubte, daß die Käufe vor und nach der amtlichen Festsetzung stark kurstreibend wirkten, und schob so den ganzen Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf einen kurzen Augenblick im Tage zusammen. Der unreine Theoretiker hätte daraufhin zum mindesten die Kursbestimmung sich entsprechend dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage vollziehen lassen, der unreine Praktiker gedachte es schlauer zu machen: Nachdem er einmal die Nachfrage nach Devisen auf den einen Augenblick zusammengezogen hatte und nachdem die Reichsbank, bei welcher immer noch auf Grund der von Robert Schmidt erlassenen strengen Vorschriften abgelieferte Exportdevisen ankommen, fast der einzige Abgeber für Devisen war, machte die Reichsbank einen Höchstpreis für Devisen, d. h. sie bestimmte, als nahezu einziger Verkäufer, den Preis, zu dem sie Devisen abgab.

Höchstpreise haben wir in der Kriegswirtschaft häufig gehabt. Eine sehr einfache Lehre, die in jener Zeit auch der Mann auf der Straße auswendig wußte, besagt, daß Höchstpreise ohne Beschlagnahme und Rationierung zwecklos sind. Eine Beschlagnahme konnten aber die Herren um Becker bei ihren Freunden, nämlich der deutschen Industrie, nicht vornehmen. Sie sind ohnehin bei ihnen schon etwas unbeliebt. So ließen sie es allein auf die Rationierung ankommen, d. h. zu dem Höchstpreis für Devisen, den die Reichsbank festsetzte, gab sie nur eine bestimmte Menge von Devisen ab. Es wurde „repariert“. Das war auch früher schon vorgekommen, aber doch nur einen Tag; am nächsten ließ man die Devisen im Preise so hoch steigen, daß ein Teil der Nachfrage nicht mehr mitkam. Dann ging es wieder eine Weile. Jetzt aber reparierte man immer toller, zuletzt mit 14 Proz. und darunter.

Das hatte zur Folge, daß die Nachfrage nach Devisen auch aus dem regulären Geschäft nicht entiert befriedigt werden konnte. Die weitere Folge war die, daß immer mehr angemeldet wurde, als man brauchte, und daß so die Nachfrage an Märkte viel größer erscheint, als sie wirklich ist. Und die dritte selbstverständliche Folge war die, daß ein Schleichhandel wie einst mit rationierter Butter, so jetzt mit rationierten Devisen begann. Der Höchstpreis für den Dollar, den man in Berlin festsetzte, galt nämlich leider nicht für New York, London, nicht einmal für Danzig, wo jede waterlanderhaltende deutsche Großbank jetzt natürlich ihre Filiale hat. Ja, er galt nicht mal für Köln, weil Herrn Beckers

Berordnungen natürlich auf Grund der Ruhrkampfverordnung erlassen werden müßten und schon deshalb das Wohlgefallen der Rheinlandkommission ebensowenig finden konnten wie das der rheinischen Bankiers.

Und so entstand auch noch ein schöner Kettenhandel. Der Dollar, den man in Berlin für 184 000 M. zugestellt bekam, konnte im selben Augenblick in Köln für 260 000 M. verkauft werden. Und weil jeder Mensch sah, daß wir einen künstlichen Höchstpreis für Dollar hatten, rückte natürlich kein einziger Mensch, der nicht in höchster Not war, einen einzigen Dollar oder auch nur ein kleines Schweizer Fränkli heraus. In der deutschen Wirtschaft entstand ein ungeheurer Hunger nach Devisen, weil keiner die Ware zum Höchstpreis herausgeben wollte. Ganz wie einst die Bauern mit der Butter verfahren.

Da scheint sich die Reichsbank entschlossen zu haben, den Schleichhandelspreis zu senken. Sie machte das anscheinend so: die Devisen, die sie der deutschen Wirtschaft nicht gab, benutzte sie, um in New York, in Amsterdam und einigemal auch anscheinend in Danzig, den Ausländern dafür Mark abzukaufen. Das wirkte natürlich nur einige Augenblicke. Die deutsche Wirtschaft bekam keine Devisen, der Ausländer, den man in Deutschland Devisen nicht kaufen ließ, konnte sie plötzlich von deutscher Seite im Auslande kaufen. Aber da gleichzeitig neue große Massen deutscher Mark an denselben Auslandsbörsen aus Deutschland selbst angeboten wurden, so konnte auch das nicht helfen. Und noch dies letzte Schlimmste: der Höchstpreis für Dollar gilt nicht einmal in Deutschland selbst: denn die Preise für Kupfer und Baumwolle, für Holz und Getreide richteten sich gar nicht mehr nach dem mit ernster Miene amtlich festgesetzten Höchstpreis, sondern sie gingen gleich auf die Schleichhandelsvaluta, und so haben wir dank der Maßnahmen der Herren Becker-Trendelenburg und Havenstein ein Steigen der Preise in Deutschland in den letzten Tagen, das alles bisher Gewesene, selbst alle österreichischen und wahrscheinlich alle russischen Erfahrungen hinter sich läßt. Deutschland in der Welt voran beim Stürzen seiner Währung.

Und da immer mehr Handelszweige beim Herrn Reichswirtschaftsminister erschienen und verzweiferten, sie hätten keine Devisen mehr, könnten kein Rohmaterial mehr kaufen und müßten die Arbeiter hinaussehen, aber ihre Abnehmer, die hätten in geheimen Kästchen Dollar und Franken und schöne Pfunde: So gestatteten die Herren Becker und Trendelenburg, daß jetzt die Lieferanten von ihren Abnehmern unter bestimmten Bedingungen auch Dollar, Pfunde und Fränkli annehmen dürften, d. h. sie schalteten die Mark als Zahlungsmittel nun auch zwischen Großhandel und Kleinhandel aus. Vorsorglich hat man zwar gesagt, daß der Großhändler vom Kleinhändler die Dollar nicht verlangen darf, sondern nur annehmen. Aber das ist in der menschlichen Natur eine merkwürdige Sache: Wenn man gutes Geld kriegen und annehmen darf, dann wird man schlechtes weniger gern nehmen, und in Zukunft wird deshalb bald auch Schuhe und Leder und Eisen und Seidenwaren nur der kriegen, der schöne ausländische Geldscheine anzubieten hat.

Was aber wird der Detaillist machen? Wird er wirklich, wie es der unreihe Praktiker anscheinend annimmt, seine schönen Devisen aus dem geheimen Kasten oder auch aus dem Strumpf herausholen? Schwerlich. Er wird sich einen suchen, der ihm neue ausländische Noten verkauft, er wird die Nachfrage nach ausländischen Noten ungeheuer vergrößern, damit den Preis, vielleicht nicht den Höchstpreis, aber den Schleichhandelspreis ins Ungemeinere steigern, und der Unglückliche, der ehrlich zu bleiben versucht und mit Papiermark kaufen will, wird bald sein Lädchen schließen können, wenn er nicht — auch von seinen Abnehmern Dollar und Pfunde verlangt. Das verbietet zwar das Gesetz, aber — Herr v. Bethmann Hollweg hat einmal, als er widerrechtlich nach Belgien eingebrochen war, gesagt: Not kennt kein Gebot. Und so haben die Herren Becker und Trendelenburg auf schnurgeradem Wege die völlige Ausschaltung der Mark aus Deutschland nicht nur eingeleitet, sondern gleich ziemlich weit ge-

trieben. Auch eine Methode der Währungspolitik, aber keine übermäßig wirksame.

Wie lange noch. Schon ist Blut geflossen an wichtigen Stellen Deutschlands, vor uns steht ein Winter, der wegen Kohlenmangels, wegen Arbeitsmangels und wegen einer alles Denkbare übersteigenden Preiskatastrophe die schwerste Volkskatastrophe über ganz Deutschland heraufzubeschwören droht. Dürfen die Herren Cuno, Becker und Trendelenburg und Havenstein mit solchen Maßnahmen, hinter denen in Wirklichkeit keinerlei reine Theorie steht, den Karren des Deutschen Reiches bis zum Verschwinden in den blutigen Sumpf hineinkutschieren?

Wir verlangen demgegenüber:

1. daß mit der Notendruckerei für Staatsausgaben Schluss gemacht und die große Zahl der Inflationsgewinnler endlich zur Deckung unserer Staatslasten mit starker Hand herangezogen wird,

2. daß in der Politik der Reichsbank bei Kreditgabe und Devisengabe eine entscheidende Aenderung eintritt, und daß diese Aenderung sich nicht nur auf die Politik dieser Bank bezieht;

3. daß die Reichsregierung sich einen neuen Interventionsfonds aus den Beständen derer schafft, die irgendeinen Bedarf für Devisen nicht nachweisen können.

Österreich hat seine Banken gezwungen, die Devisenbestände zur Rettung des Staates herauszugeben, von unserer Industrie und unseren Banken haben wir bisher viele schöne Worte gegen den Achtstundentag und gegen jede Rückzugsmahnahme, schön frisierte Bilanzen, aus denen nichts mehr ersichtlich ist und Zusagen erhalten, die hernach überhaupt nicht gehalten worden sind. Jetzt wollen wir keine Reden, keine Ratschläge, weder reiner Theoretiker noch unreiner Praktiker, sondern wir wollen Devisen. Einmal wurde schon gesagt: Herr Cuno rief und keine Dollar kamen. Wir sind der Meinung, daß wenn die Dollar nicht kommen, die Herren Industriellen und Bankiers kommen sollen, und daß man dann mit ihnen in solcher Form und unter solchen Umständen reden soll, daß sie, wie in Österreich, schweren Herzens ihre noch schwereren Kassetten gegen gute Goldschafscheine des Reiches erschleiern werden. Gern tun sie das nicht, aber die Massen lassen sich auch nicht gern von diesen Herren und ihren Hintermännern bis zum letzten Hunderttausendstel ihrer Kaufkraft ruinieren!

Die Abrüstungsdebatte im Unterhaus.

London, 24. Juli. (W.B.) Bei der Abrüstungsdebatte im Unterhaus führte Ramsay MacDonald (Soz.) u. a. noch aus, wenn im Antrag der Arbeiterpartei der Völkerbund nicht erwähnt sei, so sei dies geschehen, weil er noch nicht das Vertrauen verschiedener hervorragender Nationen gefunden habe und weil die Arbeiterpartei wünsche, daß die Vereinigten Staaten sich an der vorgeschlagenen Konferenz beteiligten. Die Welt lehre wieder zu der Verfassung von 1914 zurück. MacDonald kritisierte die Errichtung eines britischen militärischen Stützpunktes in Singapur und wies darauf hin, daß es in Europa keinen wahren Frieden gebe, bevor der Versailles Vertrag revidiert worden sei.

Ganz besonders werde England von irgendeiner militärischen Diktatur in Europa betroffen. Deshalb müsse es die Führung in einer großen Bewegung übernehmen, deren Ziel die Abrüstung aller Nationen sei.

Baldwin

erklärte, der Ernst der gegenwärtigen Lage könne gar nicht übertrieben werden. Europa sei noch immer ein bewaffnetes Lager, in dem sich mehr Leute unter den Waffen befinden als 1914 bei Kriegsausbruch. England müsse der Welt beweisen, daß es wirklich meine, was es sage. Eine Abrüstung sei nur möglich, wenn sich die Mächte zusammenschließen.

Staatssekretär für Luftfahrt Hoare verteidigte die Luftpolitik der Regierung, indem er ausführte: Die Zerstörungen durch Luftangriffe werden heute hundertmal schlimmer sein als im letzten Kriege. Aus diesem Umstande kann es sich keine Regierung leisten, ihr Land von aller Luftverteidigung zu entlösen. Was die Abrüstung im allgemeinen betrifft, so müsse der materielle die moralische

folgen. Der Vorschlag, an die Frage der Abrüstung durch gegenseitige Garantieverträge heranzugehen, schloße die Gefahr in sich, doch zum alten Regime, der Gruppierung von Mächten zurückzuföhren. Das wird auch die Möglichkeit von der Regierung ohne Voreingenommenheit geprüft. Nach längerer Debatte ergriß

Baldwin

noch einmal das Wort und erklärte, der Traum eines allgemeinen Friedens sei schon Jahrhunderte alt. Aber die Regierung glaube, daß ein Versuch, im gegenwärtigen Zeitpunkt eine internationale Konferenz einzuberufen, keinen Erfolg haben würde. Bevor man an dieses Problem herantrete, müsse erst das Reparationsproblem und die Frage der Sicherheiten geregelt werden. Es wolle

keine Aussicht darauf, daß Frankreich eine günstige Antwort erteile, bevor es Ergebnisse in der Frage der Reparationen und der Frage der Sicherheiten errichtet habe. Das erste, was die Regierung tun müsse, sei, das Reparationsproblem in Ordnung zu bringen. Hierbei sei die Regierung von dem Wunsche befehle, daß dieser Schritt weiterhin zur Erwägung der vom Hause erörterten Probleme führen möge. Baldwin wies darauf hin, daß der Völkerbund wiederum die Abrüstungsfrage und die Möglichkeit, sie mit allgemeinen Garantieverträgen in Verbindung zu bringen, erwäge. Die Bemühungen des Völkerbundes würden konkrete Formen annehmen. Es würden

wahrscheinlich nach der Völkerbundsversammlung im September den Regierungen Europas Vertragsentwürfe zur Genehmigung unterbreitet

werden, und er sei sicher, daß nicht nur die britische, sondern auch die anderen führenden Regierungen Europas diese Arbeit des Völkerbundes mit Sympathie und Interesse prüfen werden, und mit dem ernstlichen Wunsche, die Bestrebungen des Bundes in irgendeiner Form zu verwirklichen. Viele Leute sagten, England solle wieder eine Politik der Isolation betreiben. Aber man dürfe nicht vergessen, daß

mit dem Aufkommen der Flugzeuge England keine Insel mehr und unfähig mit den Gefährten Europas verbunden sei. England werde forsühren, sein Möglichstes zu tun, um Europa den Frieden zu bringen. Hierauf wurde die Resolution der Arbeiterpartei mit 285 gegen 169 Stimmen abgelehnt. Der „Times“ zufolge stimmten die Asquith-Liberalen mit der Arbeiterpartei, die Lloyd-George-Liberalen mit der Regierung.

Lloyd George gegen Baldwin.

London, 24. Juli. (W.B.) Lloyd George sagte gestern abend auf einem ihm zu Ehren gegebenen Fest, es sei zweifelhaft, ob ein unparteiischer Beobachter später der Ansicht sein werde, daß der Wechsel der Regierung England zugute gekommen sei. Die Koalitionsregierung habe es wenigstens fertiggebracht, Poincaré neun Monate an der Befehls- und Ruhrgewalt zu hindern, einer Handlung, die das wirtschaftliche Leben ganz Europas in Verwirrung gebracht habe. Das Programm der neuen Regierung sei engere Freundschaft mit Frankreich gewesen. Offenbar sei aber die Entente geschwächt worden und England habe mit der Türkei einen Frieden abgeschlossen, wie er demütigender von England nie unterzeichnet worden sei. Was die Ruhrfrage betreffe, so werde England, das ein vitales Interesse daran habe, nicht einmal um seine Meinung befragt. Poincaré besuche Theunis und Theunis Poincaré, aber Großbritanniens Ansichten werden nicht eingeholt. Schließlich sprach Lloyd George zugunsten eines Zusammenhanges der beiden liberalen Parteien.

Zweifel am Erfolg.

London, 24. Juli. (W.B.) Der diplomatische Berichtslatter des „Daily Telegraph“ schreibt, in britischen Kreisen sei man von der Bedeutung übertraucht, daß die endgültige Antwort auf den britischen Antwortentwurf vielleicht hinausgeschoben werden würde. Der Irrtum, den man begangen habe, indem man dem französischen Enten ein Geheimhaltung des Inhalts der Dokumente und der Verhandlungen so leicht stattgegeben habe, werde jetzt in weiten Kreisen eingesehen. Es sei aber kaum möglich, dies wieder gutzumachen. Die britische Regierung habe ihren Wunsch auf Antwort noch vor der Parlamentsagung deutlich ausgesprochen. Brüssel sei den englischen Vorschlägen günstiger gefimmt als Paris und optimistischer hinsichtlich interallierter Vereinbarungen. Es bleibe abzuwarten, ob diese Haltung den bevorstehenden Meinungsaustausch mit Poincaré überleben wird.

Der 2000jährige Leichnam im Moor.

Man schreibt uns: Und immer noch Moor und immer wieder Moor! Blaues Wasser, grünes Wasser, dunkle Gründe, rotbraunes Gestrüpp. Hier und da weißleuchtende Birken. Sonst Eintönigkeit und Schwärze. Ein paar Frösche quaken. Da und dort stolzt ein Frosch umher.

So ausgestorben das Moor auch aussieht — es lebt! Simsen, Seggen, Rosmarin und Torfmoose, die niederen Heidekräuter alle —, es ist ein wucherndes Leben! Aus Berggehen und Wiederaufgeben wird der Urstoff erzeugt, den der Mensch von heute zu allem nur Ordentlichen benötigt. Auf den Bahnhöfen und an den Kanälen zwischen Oldenburg, Leer und Aurich stehen mit Torf hochbetadene Waggonn. Zu Stroh, Papier und zu Brillen, zu allem wird der Torf benutzt, der früher so wenig beachtet wurde wie der Eingeborene des großen nordischen Moorlandes.

Es war einmal. Heute ist der Torfbauer ein gemachter Mann. Ne enträumte Reichtümer trug ihm die gesteigerte Nachfrage ins Haus. Verschwinden sind bis auf winzige Reste die ehedem so düsteren Hütten mit Torfböden, Lehmwänden und Dächern aus Heide und Stroh. Statt dessen leuchten rote Ziegelbauten, weiß abgeputzt, mit grünen Fensterläden und Blumen davor, aus dem Heidedunfel. Nur das Moor blieb düster, und immer wird das Moor unheimlich sein.

Ich zog durch den sinkenden Abend. Sumpfnebel quollen auf. Sie branden und wogen und bewegten sich wie gespenstige Totenleinen. Der Torfrauch quillt spukhaft empor. Ein Käuzchen schreit. Immerdar klingt in mir der Anfang der Drosteschen Ballade: „O Schaurig ist's, übers Moor zu gehen...“ Von einem Jungen ist die Rede, der im Moor überfallen, erschlagen wird. Dann gehen die Gedanken rückwärts nach Oldenburg, in dessen Landesmuseum ich am Morgen vor der Moorleiche stand, die im letzten Jahre beim Zerfetzen gefunden wurde und allgemeinen Aufsehen erregte. Die Lesart damals, es sei ein Verfenker, hat sich als unrichtig erwiesen. Was da in einem Glaskasten mit Glycerin und Wasser weiter erhalten wird, ist ein Knabe von etwa zehn Jahren mit struppigem, brandrottem Haar. Grobes Sackleinen hing ihm eng um den Hals, der eine Stichwunde aufweist, mit dem gleichen Leinen sind die Hände rückwärts zusammengeheftet. Das Gesicht ist seitwärts geneigt. Aus der Höhe der Torfschicht über der Leiche wurde errechnet, daß die Leiche achtzehnhundert bis zweitausend Jahre alt ist. Zu spät wurde ein furchtbares Verbrechen im Moor an den Tag gebracht.

Das Käuzchen schreit, der Wind geht kalt, und ich sehe diesen Jungen auf dem schwanken Wege durchs Moor eilen, dem väterlichen Hofe zu. Pöhllich springen aus dem Weidenstrupp ein paar Männer. Sklaven sind's. Sie wollen Rache nehmen für eine grausame Strafe.

Der Junge des Herrn kommt ihnen gerade recht. Sie packen ihn, zerreißen ihm den Leinenkleid, drehen die Fessel daraus, und greifebel schleppen sie den Jungen davon. Der aber ist stark. Er wehrt sich. Da bekommt er einen Stich in den Hals und wird in das flache Moor geschleudert. Auf diesem Grunde bleibt er hilflos liegen, erstarrt. Nach zweitausend Jahren hat mir seine vom Moor selbstsam wohlerhaltene gelbbraune Leiche diese furchtbare Geschichte erzählt.

Es knistert im Köhricht, es pfeift und brodelst unter den Sohlen, und der Rauch flattert über das Moor. Schneller eilt der Wanderer der Bahn entgegen, die auf festem Boden dahinflaust. Schaurig ist's, übers Moor zu gehn...

„Jugend und Bühne“ nennt sich die vom 3. bis 5. September in Berlin stattfindende Tagung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, auf der durch Vorträge und Aufführungen gezeigt werden soll, wie das Jugendspiel sich aus bloßer Nachahmung des Berufslebens zu einer lebendigeren der Jugend gemäß und aus ihrem Gemeinschaftsgeist heraus entwickelten Gestaltung bringen läßt. Neben Vorträgen werden Aufführungen das bisher Erreichte zeigen. Als Redner sind gewonnen: Walter Blachetta-Gütersburg, Julius Bläsche-Hamburg, Joseph Digen-Frankfurt, Anton Eitmann-München, Dr. Julius Franzenberger-Frankfurt a. M., Georg Götsch-Berlin, Professor Dr. André Jolles-Beipzig, Dr. Hans Ledebur-Berlin, Direktor Martin Luserke-Widersdorf, E. R. Müller-Ragdeburg, Erich Scharff-Hamburg und Lothar Schreiner-Weimar. Aufgeführt werden: Ein mit Hamburger Volksschülerinnen erarbeitetes Tanzmärchen von Anna Helms; eine Primanerkomödie des Frankfurter Goethe-Gymnasiums „Till“; ein Widersdorfer Spiel; ferner „Spielmanns Schuld“, dargestellt von einer Gruppe der Berliner Arbeiterjugend; „Loth“, ein Weckspiel (Münchener Reudensche und Wandervogel). Das Spiel vom Gottmenschen (Spielgruppe Blachetta); „Der Länger unserer lieben Frau“, ein Legendenstück (Frankfurter Reudensche und Quindborner) und Lothar Schreiners „Rondspiel“. Teilnahmeortkosten 3 M. multipliziert mit dem Buchhändlerindex vom 15. August und sind möglichst zeitig bei der Geschäftsstelle des Zentralinstituts, W. 35, Potsdamer Str. 120, zu bestellen.

Warnung vor einem Billetschwindler! Wie die Direktion des Deutschen Opernhauses mitteilt, treibt seit einigen Tagen ein Schwindler sein Unwesen, und zwar in der Art, daß er allen möglichen Personen sogenannte Steuerartenanweisungen auf mehrere Plätze im Deutschen Opernhaus aushändigt, die er sich mit Freilichtsteuer in Höhe von 4 bis 20 000 M. bezogen läßt, und teilweise auch die Gebühren für Garderobe, Leitzbuch und Programm erhebt. Der Schwindler treibt sein Unwesen hauptsächlich in den Vororten, und es liegen bei der Hausinspektion des Deutschen Opernhauses mehrere Duzende solcher Anweisungen, die selbstverständlich nicht honoriert werden

können. Da viele der hereingefallenen von ziemlich weit herkommen, z. B. aus Juelich, Briß, Grünau, Potsdam usw., so haben sie außer dem an den Betrüger verlorangegangenen Geld auch noch erhebliche Fahrspesen und Zeitverlust zu tragen. Die Kriminalpolizei Charlottenburg ist bereits seit längerer Zeit mit der Ausklärung dieses Falles beschäftigt, und es ist gelungen, die Eltern dieses Schwinders, achtbare Leute in Potsdam, zu ermitteln, die ihren Sohn als Launenkind verstoßen haben. Der Betrüger nennt sich verschiedentlich Brüning, Bekker, Bergmann usw., gibt sich als Redakteur der „Hochschulblätter“ aus, und bezeichnet die von ihm verkauften Steuerarten als Pressearten und die erhobene Steuer als Presseartenzuschuß.

Die Münchener Glyptothek wird Staatseigentum. Die bayerische Regierung hat jetzt dem Landtage einen Antrag betreffs Uebernahme der Glyptothek (Museum der antiken Plastik) vorgelegt. Der Antrag ist eine Folge des Uebereinkommens, das der bayerische Staat mit dem früheren Königshaus getroffen hat. Danach wird das Gebäude Klenzes am Königsplatz samt dem dazu gehörigen Grundbesitz unentgeltlich dem bayerischen Staat übereignet. Gleichzeitig muß der Staat die Kosten der Verwaltung der Glyptothek in der Glyptothek übernehmen; daher die Nachtragsforderung zum Haushalt des Kultusministeriums.

Baumwuchs und Kraftwagen. Die Gitter, die den Eingang zu dem Bois de Boulogne, dem Hauptpark der Pariser, bewachen, wurden in letzter Zeit geschlossen, so daß man des Nachts nicht mehr hinein konnte. Ueber diese Maßnahme hat sich der Verwaltung des Parks Forstiers in Pariser Blättern geäußert. Er behauptet, daß diese „Nachtruhe“ von höchster Wichtigkeit für die Bäume sei. Ihre Gesundheit leidet außerordentlich infolge der Gasentwicklung der Kraftwagen, die den Tag über durch die Alleen rollen, und außerdem durch die beständige Bodenerschütterung, die von diesen Wagen hervorgerufen wird. Besonders bei jungen Bäumen hat die Erfahrung gelehrt, daß die Staubwolken, die von den Autos entwickelt werden, sie rasch eingehen lassen, wenn die Bäume in der Nähe der Automobilstraßen stehen. In fünf Jahren würde nach der Anschauung dieses Forstmannes der Bois de Boulogne eine Wüste sein, wenn man nicht den Bäumen eine Erholungspause gönnen würde, und da man den Wagenverkehr nicht völlig absperrn will, so muß man wenigstens dafür sorgen, daß die Nachtruhe nicht gestört wird. Die ungünstige Einwirkung des Kraftwagenverkehrs auf das Pflanzenleben der Großstadt macht sich überhaupt bei den Pariser Bäumen bemerkbar, die zu einer Zeit gepflanzt wurden, da noch die Pferdedroschen an ihnen vorbeiföhren, ohne gefährliche Gase zu entwickeln und Erschütterungen hervorzurufen. Die Baumbestände aller Pariser Straßen und Boulevards sind nach Forstiers Erklärung durch die Kraftwagen schwer bedroht.

Die Hochkultur für dramatische Kunst an der Universität Jena sollen erst im kommenden Jahre stattfinden. Die Gründe dafür sind in der pöhllich verschlimmerten wirtschaftlichen Lage Deutschlands zu suchen. Die wesentliche Erhöhung der Fahrpreise, die Erzeugung der Lebensmittel sowie die Schmierigkeit, aus den besten Gebieten nach Jena zu gelangen, würden diese von der Teilnahme abhalten.

Strafantrag im Ehrhardt-Prozess.

8 Monate Zuchthaus = 1 Jahr Gefängnis.

25. Leipzig, den 24. Juli 1923.

Nachdem zu Beginn der heutigen Verhandlung von allen Seiten auf weitere Beweismittel verzichtet worden war, wurde die Beweisaufnahme geschlossen und

Oberreichsanwalt Ebermayer

nahm das Wort zu einem groß angelegten Plädoyer. Er begann seine Ausführungen mit den Worten: Die Herren Ehrhardt und Viedig haben es vorgezogen, sich ihrer Bestrafung durch die Flucht zu entziehen. Man macht auch hier wieder die merkwürdige Beobachtung, daß Leute, denen man in anderen Verhältnissen wahrhaftig Mut nicht absprechen kann, nicht die Zivilcourage besitzen, sich den Gerichten zu stellen, wenn sie sich für ihre Tat verantworten sollen. Prof. Schöpfer ist krank; darüber liegen uns die Gutachten bekannter Ärzte vor. Als einziges Opfer bleibt die Prinzessin Margarete v. Hohenzollern hier übrig, die sich wegen ihrer von A bis Z erlogenen Auszüge vor dem Untersuchungsrichter nimmere wegen Falschheides zu verantworten hat. Die Prinzessin hat den Eid vor dem Untersuchungsrichter anfangs verweigert, weil sie, wie sie angab, religiöse Bedenken hatte und sich zunächst mit ihrem Beichtvater besprechen wollte. Dieser Beichtvater ist niemand anderes gewesen als Ehrhardt, und dem schlen wahrenhaftigen Gott alle Eigenschaften zu diesem Amt. Wenn wir die Dinge genau betrachten, so müssen wir sagen, daß die Prinzessin

einem Riefenschwindel zum Opfer gefallen

ist. Ehrhardt schickte seinen Freund Viedig zu dem Rechtsanwalt Schleglein, um eine Rechtsauskunft darüber einzuholen, ob die Prinzessin den Eid leisten solle oder nicht; Viedig besog den Rechtsanwalt, kam dann zur Prinzessin zurück, besog auch diese und daraufhin hat die Prinzessin Höhenlos einen klipp und klaren Meineid vor dem Untersuchungsrichter geschworen. Die Prinzessin behauptete, daß Ehrhardt, der sich nach ihrer Ansicht in Ungarn einen neuen Namen zugelegt hat, und die diesbezüglichen Urkunden besitzen haben will, für sie tot und erkrankt war. Für sie lebte nur noch ein neuer Mensch, der Herr v. Schwabe hieß. Es gibt Dinge in der Welt, die so dumm sind, daß man gegen sie nicht ankämpfen kann. Das trifft auf diese Art von Verleumdung zu. Ehrhardt ist doch wahrhaftig nicht so weisfremd gewesen, daß er dieses Zeug, das er der Prinzessin vorgesetzt haben soll, selbst geglaubt haben kann. Und auch die Prinzessin kann einen solchen Unsinns nicht für voll genommen haben. Sie ist doch

schließlich nicht ein weisfremdes Gänsechen,

das aus der Klostererklebung zum ersten Male ins Leben trat. Sie ist 29 Jahre alt, sie stand in München mitten im Leben und sie hatte auch selbst die Empfindung, daß ihre Auszüge vor dem Reichsgericht ein Verbrechen waren, das sie sich in der Gefahr des Meineides befangen, und sie wollte vor Ableistung des Eides noch einmal hören, was Ehrhardt dazu sagte. Zur Bestrafung wegen Meineids genügt ja auch die Tatsache, daß der Schwörende selbst an seiner Auszüge zweifelt, daß solus eventualis vorliegt. Der Meineid ist dann von ihr widerrufen worden, aber auch erst nach Zuspruch des Reichsgerichtsrates Viedig, und dieser Widerruf mildert die Handlung der Prinzessin ein wenig. Der Prinzessin wird ferner zur Last gelegt, daß sie sich der

Begünstigung des Hochverrätters

schuldig gemacht hat und daß sie ihn der drohenden Strafe entziehen wollte, einen Menschen, der sich sehr strafbarer Handlungen schuldig gemacht hatte. Deshalb mußte auch in dieser Verhandlung der Rapp-Busch noch einmal gestreift werden, um festzustellen, ob Ehrhardt in dieser Bewegung gewesen und ob er als solcher straffällig geworden ist. Der Oberreichsanwalt geht im einzelnen die Beweisaufnahme durch und kommt zu dem Schluß, daß Ehrhardt sich des versuchten Hochverrats schuldig gemacht. Damit hat sich die Prinzessin ebenfalls schuldig gemacht, da sie einen Hochverräter begünstigt hat. Die Prinzessin wußte das auch alles. Ihr Ziel ging dahin, durch den Meineid Ehrhardt herauszuholen. Sie ist also wegen Meineides in rechtlichem Zusammenhang mit Begünstigung zu bestrafen.

Der Oberreichsanwalt beantragte 8 Monate Zuchthaus, die in ein Jahr Gefängnis umzuwandeln seien. Die Verteidiger plädierten für Freisprechung.

Waldersees Bebet.

Die Deutsche Verlagsanstalt hat soeben den dritten Band der Waldersee-Denkwürdigkeiten herausgebracht. Man erinnert sich noch des großen Aufsehens, das die beiden ersten Bände machten. Ein Günstling Wilhelms II. äußert sich hier in so schonungslos scharfer Weise über seinen Gönner und zeigt so deutlich die Zeichen des Verfalls in der kaiserlichen Zeit, daß die spätere Katastrophe nur noch als tragische Notwendigkeit erscheint. Auch der dritte Band, der die Zeit von 1900 bis 1914 umfaßt, enthält eine Fülle ähnlichen Materials. Bemerkenswert ist, daß dem Fürsten Bülow der Vorwurf gemacht wird, daß er die autokratischen Reaktionen des gekrönten Unglücksmannes besonders gefördert habe. Auch Bülow wird als Zeuge gegen Bülow angeführt.

Graf Waldersee entpuppt sich in seinem Buch als seltsamer Heiliger. Mädel mit tomischen Vorstellungen von Deseiten und Sozialdemokratien. Auf der anderen Seite sah er aber als Kenner der Verhältnisse beim Hof und in der Regierung den Zusammenbruch klar voraus. Die letzten Blätter des Tagebuchs (die nicht mehr zur Veröffentlichung gelangten) enden nach dem Zeugnis des Grafen Georg Waldersee, eines Neffen des kaiserlichen Generalstabs, mit den Worten:

„Ich bitte Gott, daß ich nicht zu erleben brauche, was ich kommen sehe.“
Er hat es nicht mehr erlebt.

Oda Olberg-Cerda über Joschismus. Bei der Thüringer Verlagsanstalt in Jena erscheint soeben eine neue Broschüre: „Der Joschismus in Italien“ von Oda Olberg. Die kleine Schrift weist alle Vorzüge auf, die unsere Leser aus den politischen Berichten unserer römischen Korrespondentin kennen. Sie verdient Verbreitung in all den weissen Kreisen, die sich in Deutschland aus naheliegenden Gründen für dieses Thema interessieren.

	24. Juli		23. Juli	
	Käufer (Geld- Rurs)	Verkäufer (Brief- Rurs)	Käufer (Geld- Rurs)	Verkäufer (Brief- Rurs)
1 holländisch. Gulden	161954.-	162806.-	186047.50	187842.50
1 argentin. Papier-Peso	140448.-	141152.-	118702.50	119207.50
1 belgischer Franc	20448.50	20551.50	17057.-	17143.-
1 norwegische Krone	67431.-	67769.-	56658.-	56942.-
1 dänische Krone	72319.-	72581.-	61047.-	61853.-
1 schwedische Krone	109725.-	110275.-	92508.-	93032.-
1 finnische Mark	11770.50	11829.50	9675.50	9724.50
1 japanischer Yen	—	—	169375.-	170425.-
1 italienische Lire	18054.50	18145.50	15162.-	15238.-
1 Pfund Sterling	1893250.-	1904750.-	1598000.-	1604000.-
1 Dollar	412965.-	415035.-	349125.-	350875.-
1 französischer Franc	24798.-	24985.-	20648.-	20752.-
1 brasilianischer Milreis	—	—	38658.-	38942.-
1 Schweizer Franc	78715.-	74085.-	61645.50	61954.50
1 spanische Pesta	58852.50	59147.50	49875.-	50125.-
100 österr. Kronen (gest.)	—	—	498.75	501.25
1 schweizerische Krone	12468.50	12181.50	10478.50	10293.50
1 ungarische Krone	—	—	33.91	34.09
1 bulgarische Leva	—	—	8391.50	8408.50
1 jugoslawischer Dinar	—	—	8690.50	8709.50

Mieter untereinander.

Das durch die Wohnungsnot erzwungene vielfährige Beisammenvohnen hat die Hausbewohner untereinander nicht näher gebracht. Die unter dem Einfluß der Wirtschaftsnöte gewachsene Kerosität und Reizbarkeit haben die nicht auszurottenden häuslichen Streitigkeiten nur noch vermehrt.

Hierin Wandel zu schaffen, ist der ethische Zweck des am 1. Oktober 1923 in Kraft tretenden neuen Mieterrechtsgesetzes. Es soll nicht nur, wie noch viel zu sehr verkannt wird, dem Vermieter einen Schutz gewähren gegen unbotmäßige Mieter, sondern es bedeutet vor allem auch einen Schutz von Mietern gegen Mieter. Das Mieterrechtsgesetz führt also, wie Rechtsanwalt Groß-Dresden treffend in seinem Kommentar sagt, in Abänderung der bisherigen Grundsätze des Mietrechts, das vertragliche Beziehungen nur zwischen Vermieter und Mieter kannte, gesellschaftliche Beziehungen der Mieter untereinander ein, wenn es vorläufig auch noch nicht Gesellschaftsrechte, sondern nur Gesellschaftspflichten kennt. Das gibt dem allbekanntem Wort schon aus der Friedenszeit: „Der Ruhigste kann nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt“, einen wirksamen Schutz. Lediglich von diesem Gesichtspunkt aus ist die vielumstrittene Bestimmung zu verstehen und anzuwenden, daß schuldhaft ererbliche Belästigung des Vermieters oder eines Hausbewohners zur Aufhebung des Mietvertrags führen kann. Naturgemäß gibt das Gesetz solchem Schutz nur Richtung und Rahmen. Innerhalb der damit gezogenen Grenzen soll das ordentliche Gericht nach billigem Ermessen, nach genauer Prüfung aller in Betracht kommenden Verhältnisse entscheiden. Leider hat der Gesetzgeber nicht die so seltene schuldhaft ererbliche Belästigung von Mietern durch den Vermieter oder Personen seines Hausstandes genügend berücksichtigt. Dem vom Vermieter belästigten Mieter bleibt nur die Möglichkeit, eine Unterlassungsklage anzustrengen oder den Mietvertrag zu lösen, wenn er — eine andere Wohnung findet. Bei der Belästigung durch Mieter kommt es nicht auf die Strafbarkeit der Handlung an. Das Mieterrechtsgesetz ist kein Strafrecht. Belästigungen gehören also im Wege der Privatklage vor den Strafrichter. Niemand kann eine einmalige Belästigung die Aufhebung des Mietvertrags rechtfertigen. Es muß vielmehr neben der Gröblichkeit des Verhaltens eine starke Beharrlichkeit, eine Kette und ein System von Belästigungen nachweisbar sein. Dahin gehört in anhaltender, wozu möglich obfichtlich verändernder Form die Störung der Nachtruhe und das sorgloseste Liebertreten anderer, wesentlicher Bestimmungen der Hausordnung, ferner die gewohnheitsmäßige Ruhestörung am Tage, das vielfältige Schikanieren und der kein Maß kennende Hauslärm. Das alles bezieht sich aber nach dem Wortlaut des Gesetzes nur auf Mieter und solche ihnen nachstehenden Personen, die unter dem gleichen Dach wohnen oder tätig sind. Für Belästigungen durch Mieter aus Nachbarhäusern verlagert das Gesetz, wenn auch mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß die Gerichte in besonders gröblichen Fällen über den Rahmen des einen Hauses hinausgehen werden. Ebenso ist auf der Schutz der Mietervertreter im Gesetz nur dadurch gewahrt, daß die Wahrnehmung ihrer Befugnisse eine „angemessene“ — was ein sehr dehnbarer Begriff ist — sein soll. Viel öfter läßt sich behaupten, daß das Verhalten des Vermieters gegen die Mietervertretung nicht angemessen ist. Kurz und gut — es kann nicht gar so schlimm werden, wie es auf dem Gesetzespapier aussieht. Wenn alle Beteiligten das Damoklesschwert, das über ihrem Haupt hängt, richtig erkennen und sich bemühen, durch ordnungsmäßiges Betragen die Gefahr der Ermiffion abzumenden, ist der Hauptzweck des Belästigungssporographe erfüllt. Wer nicht hören will, hat sich nicht zu beklagen.

Vergehen an öffentlichem Eigentum.

Die Diebstähle an öffentlichem und dem Gemeinwohl dienenden Einrichtungen und Gegenständen nehmen jetzt einen Umfang an, der die ernste Aufmerksamkeit der Behörden beanspruchen sollte. So wurden an einer bestimmten, der Sicherung des Eisenbahnverkehrs dienenden Einrichtung zwischen Zehlendorf und Schlachtensee drei Kilogramm Quecksilber gestohlen. Ein derartiger Diebstahl bedeutet eine ungeheure Gefährdung der Verkehrssicherheit. Auf dem Bahnhof Brix der Reußlän-Rittener Eisenbahn wurde die Wasseruhr im Werte von 1/2 Millionen gestohlen. In Steglitz wurden Wasseruhren an drei Stellen gestohlen, auf den Grundstücken Breite Straße 25 und 26 und an der Ecke der Belfort- und Göttenstraße. Die Uhren stammen von Siemens u. Halske und sind 425 591, 312 115 und 142 290 gezeichnet.

Berechtigten Empörung erregen in der Bevölkerung auch die fortgesetzten Schändungen der Friedhöfe. Aus dem Friedhof in der Bornfelder Straße zu Halensee brachen die Diebe viele bronzene Buchstaben und Verzierungen von einem Erbegründnis ab und verschwand damit. Die Polizei arbeitet mit bemerkenswertem Erfolge an der Ermittlung der Verbrecher am privaten Eigentum, und es wäre deshalb sehr zu begrüßen, wenn sie ihr besonderes Augenmerk auch einmal auf die fortgesetzte energische Bekämpfung der Verbrechen an öffentlichem und gemeinnützigem Eigentum richten würde, damit hier endlich einmal eine Reinigung der Atmosphäre eintritt.

Mit einem Bierglas totgeschlagen.

Auf eine unsäglich rohe und brutale Art ist in der vergangenen Nacht ein 28 Jahre alter Mann namens Gustav Biber vom Mariannenplatz 2 ums Leben gebracht worden. B. geriet in der Schankwirtschaft von Frick am Mariannenplatz 4 in einen Wortwechsel mit einem andern Gast. Bald kam es auch zu einer Schlägerei, wobei sich die Gegner mit Bierseideln und Flaschenbechern bewarfen. Auf der Straße begannen die Auseinandersetzungen von neuem, als der 23 Jahre alte Kellner Hans Dräger, der bei Frick beschäftigt war und wohnte, sich einmischte. Dieser stürzte sich plötzlich auf Biber und schlug mit einem Bierglas auf ihn ein. Auch mehrere Personen, die zusammenliefen, lösten sich an der Mißhandlung des Mannes, während er am Boden lag, durch Fußtritte beteiligt haben. Biber wurde so schwer verletzt, daß er auf dem Wege nach dem Krankenhaus Veranien starb. Hier stellte der Aufnahmearzt mehrere Schädelbrüche fest, die den Tod herbeiführen haben. Die Leiche wurde beschlagnahmt, Dräger festgenommen. Im einzelnen ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen.

Frontwechsel des „Lokal-Anzeigers“?

Wahrscheinlich wird in franko-deutschen Kreisen, daß die Straßenhändler des „Lokal-Anzeigers“ nicht mehr die alten weißen, sondern „Lageblatt“ ähnliche blaue Tafeln tragen. Wäre auch gegen die Farbe der Rosenblume vom östlichen Standpunkt nichts einzuwenden, so erregt es uns so stärkere Entrüstung, ja geradezu den furor teutonico, daß auf diesen blauen Schildern weiße Buchstaben und ein roter Streifen prangen, was zusammen — o, Schmerz! — die französische Tricolore ergibt. Ob unter diesen Umständen der „Lokal-Anzeiger“ noch immer als einziges deutsches Blatt seinem allerhöchsten Herrn unerschritten vorgetragen werden wird, wissen wir nicht; lassen wir das die Sorge dieses östlichen Französlings sein!

Längere Mängelstrafen.

Der Mieterverband Treptow-Baumfelsenweg hat das Miet-einigungsamt des Bezirkes gebeten, in dringenden Fällen, in denen bei Portierwohnungen nach dem Urteil des Amtsgerichts die Genehmigung zur Zwangsversteigerung zwar nicht

verweigert werden kann, aber die Einstellung der Hausreinigungsarbeit nur wegen erheblicher Erkrankung erfolgt ist, die Frist zur Räumung nicht so kurz zu bemessen. Ein Ausschub von drei bis vier Wochen ist nur eine Galgenfrist und hat gar keinen Sinn. Das Wohnungsamt kann um Beschaffung eines anderweitigen Unterkommens zu eruchen, damit Portierfamilien, die unverschuldet zum Räumungsurteil geformt sind, nicht vom Gerichtssozialer auf die Straße gesetzt werden, ist nur eine schöne Geste ohne sozialen Wert. Das Miet-einigungsamt müßte einschließlich der Besitzer wissen, daß es dem Wohnungsamt nur durch einen glücklichen Zufall möglich ist, innerhalb so kurzer Frist für Unterkommen zu sorgen. Hausbesitzer, Hausverwalter und Mieter werden gleichfalls gebeten, in allen solchen Fällen rücksichtsvoll zu handeln.

Riefeneinbruch beim Juwelier Rosenthal.

Ein Riefeneinbruch, wie er in den Annalen der Berliner Kriminalpolizei bisher kaum zu verzeichnen ist, wurde nachts in den Geschäftsräumen der früheren Hofjuweliere Rosenthal u. Sohn, Friedrichstr. 69, ausgeführt. Den Einbrechern, die die Tat schon von langer Hand vorbereitet haben müssen, sind Schmucksachen im Werte von etwa 20 Millionen Mark oder ungefähr 375 000 Goldmark in die Hände gefallen. Auf die Ergreifung der Täter hat der Geschäftsinhaber 100 Millionen Mark und auf die Wiederherbeschaffung der gestohlenen Kostbarkeiten 10 Proz. ihres Wertes ausgelegt.

Zu dem Vorgang am Wifinger Ufer, bei dem ein unbekannter Mann im Ringkampf in die Spree fiel und ertrank, erfahren wir, daß die Leiche noch nicht geborgen ist. Der zweite Mann, der von der andern Straßenseite her dem Kampfe zusah, und später dem Arbeiter Senkel ein Stück Weges nach der Wahe zu folgte, kommt nach den weiteren Ermittlungen nicht als Mittäter in Betracht, wird vielmehr als wichtiger Zeuge gesucht. Er, sowie alle anderen, die zur Aufklärung beitragen können, werden erlucht, sich bei Kriminalkommissar Riefe auf dem Postzeamt Tiergarten, Klopffeldstraße 29, zu melden.

Erhöhung der Keckhohnlage. Die Bezirkschornsteinfeger dürfen bis auf weiteres das 7800fache der Säge zu I und das 3650fache der Säge zu II erheben.

Bücherdiebstahl in der Universitätsbibliothek. Aus der Bibliothek der Universität wurden mehrere Wörterbücher, Französisch-Deutsch, Spanisch-Deutsch, Englisch-Deutsch und Deutsch-Englisch, im Werte von 1/2 Million gestohlen. Der Dieb ist nicht ermittelt.

Wegen Nahrungsnotgen aus dem Fenster stürzte sich der verwitwete 58jährige Maler Reuhofer in der Koppenstraße 90. Straßenpassanten sahen mit Entsetzen, wie sich der Mann auf dem Fensterbrett schwang und kopfüber in die Tiefe stürzte, wo er mit zerquetschten Gliedern tot liegen blieb.

Waffen diebstahl. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde in dem Woffengeschäft der Firma Waffens-Loesche, Berlin, An der Spandauer Brücke 11, ein Einbruch verübt. Es wurde ein großer Posten Waffen (zirka 10 automatische Pistolen, Revolver, Prismenglas Fernrohr 6x, eine Selbstspannerlinse und ein hellbrauner flacher Ledertasche gestohlen. Wer zweckdienliche Angaben machen kann, so daß die Firma wieder in den Besitz der Waffen gelangt, erhält eine größere Belohnung.

Arthur Labensk, dessen Tod durch Ertrinken im Tegeler See wir gemeldet haben, war jahrelang als Radfahrer für auswärtige Zeitungs-korrespondenten tätig, denen er die ersten Zeitungsexemplare von den Druckereien holte, deren Depeschen er ausgab usw. Alle, die mit ihm zu tun gehabt haben, betrauern in ihm einen überaus fleißigen, ehrlichen und intelligenten Mann.

Der Kaufmann Paul Schade, Berlin SW. 19, Beuthstr. 8, bittet uns mitzuteilen, daß er mit dem wegen Belästigung des Reichspräsidenten zu vier Monaten Gefängnis verurteilten Kaufmann gleichen Namens nicht identisch ist.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Parteifunktionäre!

Freitag, den 27. Juli, findet im Saalbau Friedrichshain eine allgemeine Funktionärsversammlung statt. Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt spricht über die politischen und wirtschaftlichen Gefahren der Republik. Wir eruchen die Funktionäre, sich diesen Abend von anderen Parteiarbeiten freizuhalten.
Der Bezirksvorstand.

- 14. Kreis Reußlän. Ernst Dienstag, den 24. Juli, 7 Uhr, im Parteibureau. Sitzung aller Bildungsausschussmitglieder.
- 16. Wkt. Mittwoch, den 25. Juli, 7 1/2 Uhr, Funktionärsversammlung bei Trümper, Hensburger Straße 3. Wichtige Tagesordnung. — Die Mitgliederversammlung fällt aus.
- 15. Wkt. Die Mitgliederversammlung am Mittwoch abend findet nicht in der Schule Bernauer Str., sondern in der Demmler Str. 37 im Konferenzsaal statt. Die Besitztümmer werden erucht eingeladen.
- 18. Wkt. Schöneberg. Mittwoch abend 1/2 Uhr, Abteilungsversammlung bei Wll. Reicin-Luther-Str. 60.
- 19. Wkt. Grop. Buchen. Mittwoch abend, 1/2 Uhr, Diskussionsabend im Jugendheim. Thema: Wie sieht der Zukunftsaussicht aus? Die Jungfunktionäre und die Funktionäre der Abteilung müssen erscheinen. Weitere Parteimitglieder sind hiermit freundlichst eingeladen.
- Jungfunktionäre. Gruppe Wkt. Beteiligung an der Mitgliederversammlung der Abteilung im Jugendheim.
- 117. Wkt. Hagenberg. Miércoles und solche, welche an der Mieterbewegung Interesse haben. Versammlung Mittwoch abend, 7 1/2 Uhr, im Lokal Steinhilf, Mittelstraße 26. Referent Gen. Köben über Mieterrecht.

Arbeiter sport.

Flüchtling-Sport. Spezialteilung. Das Handballspiel gegen Flucht-Geländebewohner verloren mit 2:6 (2:0), gegen „Eich-Zone“ gewonnen mit 1:0 (0:0). Richtiges Spiel am Freitag, den 27. Juli, gegen „Reußlän-Brix“, Hagenberg, Stadion um 1/2 Uhr. Am Donnerstag, den 26. Juli, werden im Stadion um 8 Uhr Sportplatz die Spartanereibungen zum Bundesfest geplant und gemeinsam geübt. — Mittwoch fällt das Training aus. — Am Freitag nach dem Spiel: Besichtigung der Schule, Gropenberger Straße 2. — Die Genossen werden erucht, alle Veranstaltungen vollständig zu besuchen. — Wer nimmt Einquartierung zum Bundesfest? — Es findet jetzt ab nächster Zeit ein Handball-Kursus statt (Hagenberger Stadion). — Die Aufnahme neuer Mitglieder findet an den Übungsabenden und in den Übungen statt. — Die schriftlichen Angelegenheiten erledigt Walter Eide, Berlin SO 26, Admiralsstr. 18a.

Die Berliner Schwimm-Union 1913 gründete am Sonnabend, den 21. d. M., einen neuen Arbeiter-Schwimmverein in Sudenwalde. Da die Stadt Sudenwalde eine Industriestadt ist, ist es verwunderlich, daß dort nicht schon längst ein Schwimmsportklub bestünde, zumal dort fast immer zwei bürgerliche Vereine existieren. Die sehr hübsch beleuchtete Schwimmhalle liegt aber dem guten Willen der Sudenwalder Arbeiter. Bei der Gründung wurden gleich 125 Mann an den Schwimmkursen teilgenommen und der Vorstand daraus gewählt. — Der Verein erucht den Namen Schwimm-Union-Sudenwalde. — Am Sonntag, den 23. 7., fand ein Verbandsmeeting zugunsten des neugegründeten Vereines statt, welches ebenfalls gut besucht war.

Sport.

Ringkämpfe um die Weltmeisterschaft im Mittelgewicht. Im Garten der Anstalt Ringkämpfe fand gestern abend der Beginn der Kämpfe um den Weltmeistertitel statt. Robertmann-Charlottenburg 163 Pfund und Politzsch-Berlin 160 Pfund erucht, neben die Kämpfe der Beronshaltung. Beide ringen gut und flach, und Robertmann entgeht sich jedem Festhalten am Boden mit eruchtlicher Geschicklichkeit, mit der er nach 10 Minuten Politzsch durch schnelles Zurückgehen aus dem Stand auf den Boden bringen kann. Politzsch-Berlin 155 Pfund konnte seinen Gegner Range 145 Pfund über den Kopf durch einen guten Ringzug im Stand auf die Matte bringen. Der nächste Kampf Robertmann 163 Pfund und Gropen-Beipzig 154 Pfund brachte den Sieg des Polen nach 14 Minuten. Mit einem schönen Untergriff von hinten gelang es Robertmann, Gropen aus dem Stand zu erbeugen. Im Kampf Gropen-Beipzig 154 Pfund gegen Robertmann-Spandau 160 Pfund wurde beide und gute Arbeit gezeigt. Nach interessant gehaltenen sich die beiden Kämpfe auf der Matte, die es nach 15 Minuten Gropen-Beipzig gelang, seinen Gegner durch einen hübschen Ringzug aus dem Boden zu bringen. Der letzte Kampf Robertmann-Charlottenburg 163 Pfund gegen Gropen-Beipzig 154 Pfund zeigte die flache Überlegenheit des Politzschers (den nach kurzem Kampf, in der 2. Minute gelang es ihm, durch einen hübschen Ringzug zu erbeugen).

